

15. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 8. November 1950

176/5

A n f r a g e

der Abg. Dr. S t ü b e r, Dr. K o p f und Genossen  
an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,  
betreffend das Straßenbauprojekt "Durchfahrt Wiener Neustadt".

Im Oktober 1949, knapp vor den Nationalratswahlen, wurde mit dem Neubau der "Durchfahrt Wiener Neustadt" der Triester Bundesstraße begonnen, da die seit 1929 bestehende Durchfahrt unhaltbar geworden ist. Die zuständigen technischen Beamten haben die Benützung des sogenannten Ringes für diese neue Durchfahrt vorgeschlagen, welcher Wiener Neustadt etwa in der Mitte zwischen Hauptplatz und Hauptbahnhof durchläuft. Nur geringfügige Arbeiten hätten zu einer den Verkehr restlos befriedigenden Lösung geführt.

Auf Betreiben verschiedener Neustädter Geschäftsleute wurde dieses Projekt verworfen und eine neue Durchfahrt flüchtig geplant, die die Stadt näher zum Hauptplatz durchschneidet. Die gegenständlichen Bauarbeiten wurden im unverbauten Teil der Baustrecke begonnen, bevor noch die Einlösuingsfragen im verbauten Teil studiert waren. Wie sich dann später herausstellte, würden die notwendigen Einlösungen rund 10 Millionen Schilling erfordern. Aus diesem Grunde wurden die Bauarbeiten nach der Winterruhe nicht wieder aufgenommen. Mit den für die Einlösungen erforderlichen, aber derzeit unaufbringbaren Mitteln ließe sich eine vollkommene Umfahrung von Wiener Neustadt durchführen, was von den Fachleuten als die einzig richtige Lösung bezeichnet wird, wenn man schon nicht auf die alte Ringstraße zurückgreifen will.

Wir unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Minister für Handel und Wiederaufbau die

A n f r a g e :

Ist der Herr Minister bereit, bekanntzugeben, wer für die überhastete Inangriffnahme der gegenständlichen Bauarbeiten verantwortlich ist und warum die Sektion I, Abteilung Bundesstraßenverwaltung, wider ihr besseres Einssehen gezwungen wurde, zu dieser vollkommen verfehlten Baumaßnahme, die eine sinnlose Vergeudung öffentlicher Mittel mit sich gebracht hat, ihre Zustimmung zu geben? Ist der Herr Minister bereit, die hiefür wirklich Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?